

Süddeutsche Zeitung Geld, Seite 24 Donnerstag, 17. März 2011

Die Angst vor der Transferunion

Verfassungskläger rufen den Bundestag dazu auf, gegen den neuen Rettungspakt zu stimmen. Sie torpedieren damit den Europakurs der Kanzlerin

Von Simone Boehringer

München – Seit Wochen bereiten die Staatschefs der europäischen Gemeinschaft fieberhaft eine Reform der Währungsunion vor. Eine Reform, mit der wenige Bundesparlamentarier, einige Gelehrte und Umfragen zufolge auch viele Bürger in Deutschland nicht einverstanden sind. Strittig ist vor allem der Rettungsschirm für klamme Staaten, zu dem Deutschland mit bislang mehr als 100 Milliarden Euro an Garantien den größten Einzelbeitrag leistet. Er soll nach dem Willen der meisten Mitgliedsländer zu einer permanenten Einrichtung werden, anstatt ihn 2013 abzuschaffen, wie es ursprünglich geplant war.

„Das ist eine Legalisierung des Ausnahmezustands. Die Währungsunion wird damit zur Transferunion“, wettet Markus Kerber, Professor für Finanzwirtschaft und Wirtschaftspolitik an der TU Berlin. Neben den Professoren Joachim Starbatty und Wilhelm Hankel gehört Kerber zu den Initiatoren von Verfassungsklagen gegen die beiden Rettungspakete, die im Mai vom Deutschen Bundestag gebilligt wurden und die Griechenland und andere EU-Staaten vor der Pleite retten sollen. Über sämtliche Klagen ist noch nicht entschieden. Da aber ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts erst im Sommer erwartet wird, Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterdessen aber auf EU-Ebene weiter Zusagen zum Thema macht, greifen nun zwei der Verfassungskläger zu einem weiteren Mittel des Protestes: Wirtschaftsprofessor Kerber und Hans-Olaf Henkel, der ehemalige Präsident des Industrieverbandes BDI, haben einen offenen Brief an die Bundestagsabgeordneten geschrieben. Er enthält den dringenden Aufruf an die Volksvertreter, die Zustimmung zur Erweiterung des Rettungspaketes zu verweigern.

„Das Votum des Deutschen Bundestags ist historisch: Er entscheidet darüber, ob Deutschland seine finanzwirtschaftliche Souveränität behält und ob es für die Misswirtschaft anderer in Mithaftung genommen werden kann. Er wählt aber auch zwischen Vergemeinschaftung der Schulden und der Selbstverantwortung jedes Landes“, heißt es in dem Brief, der am Mittwoch den Bundestag erreicht hat und der *Süddeutschen Zeitung* vorliegt.

Der Appell kommt rechtzeitig zu den Beratungen in den Fraktionen vor dem EU-Gipfel in der nächsten Woche. Für Bundeskanzlerin Merkel ist der Brief in ihren Verhandlungen mit den anderen Staatschefs schon das zweite Störfeuer binnen weniger Tage. Erst kürzlich hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) die Regierungschefin gerügt, weil sie die Parlamentarier zu ihren Verhandlungen über die Reform der Währungsunion auf EU-Ebene „nicht oder allenfalls unzureichend“ unterrichtet habe. Ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag über die Europäische Währungsunion hatte 2009 explizit verbesserte Informationsrechte des Bundestages erzwungen.

Ex-BDI-Präsident Henkel und Ökonomie-Professor Kerber warnen die Parlamentarier nun in ihrem Brief, künftig besser auf der Hut zu sein: „Im Unterschied zu der ‚unerwarteten Gefahrenlage‘ im Mai und Juni letzten Jahres wird sich kein Mitglied des Parlaments bei der verfassungsgerichtlichen Rechtfertigung darauf berufen können, überfordert und übertölpelt worden zu sein.“ Über die Griechenland-Finanzierung und das größere Rettungspaket danach hatten die deutschen Abgeordneten im Mai unter dem Eindruck von Auseinandersetzungen auf Griechenlands Straßen mehrheitlich zugestimmt. Der vorübergehende Charakter der Hilfe hatte viele überzeugt. Inzwischen gibt es aber selbst in den Fraktionen der Regierungsparteien teilweise Verwunderung über die offensichtlich veränderte Sichtweise Merkels. In ihrer Regierungserklärung zum EU-Gipfel in Brüssel Ende Oktober hatte die Kanzlerin noch betont, dass es „eine einfache Verlängerung“ des Rettungspaktes mit Deutschland nicht geben werde, „weil der Rettungsschirm nicht als langfristiges Instrument taugt, weil er Märkten und Mitgliedsstaaten falsche Signale sendet und weil er eine gefährliche Erwartungshaltung fördert“. Nun trägt Merkel die Idee eines permanenten Rettungsschirms mit und ringt den anderen Staatschefs dafür lediglich Zugeständnisse in Form schärferer Spar- und Budgetvorgaben ab.

Henkel und Kerber ist dieser Kurs zu weich. Die Bundesregierung habe „alle ordnungspolitischen Prinzipien“ für eine Stabilitätsgemeinschaft „kampflos aufgegeben“, heißt es in dem offenen Brief. Bei einer Zustimmung zum erweiterten Rettungsschirm laufe der Bundestag Gefahr, dass „ein Großteil der Steuereinkünfte des Bundes zur Rettung von Peripheriestaaten verpfändet wird“. Die Worte der Kritiker sind deutlich, wenn auch umstritten. Derzeit wird davon ausgegangen, dass die Regierungsfractionen Merkels Kurs mittragen werden. Nach diesem Brief kann niemand behaupten, er habe nicht gewusst, worum es geht.